

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

281 (2.12.1932)

Volksfreund



TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE TTEILBADENS

Zeitungspreise Die 10 gepulverten Millimeter... 60 Pfennig o. 20 Mark... 10 Pfennig o. 20 Mark... 10 Pfennig o. 20 Mark...

Untere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wand... Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk!... Die Aufseherin / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Preis monatlich 1,82 Mark... 1,82 Mark... 1,82 Mark... 1,82 Mark... 1,82 Mark...

Nummer 281 Karlsruhe, Freitag, den 2. Dezember 1932 52. Jahrgang

ADGB. und Regierungsbildung

Dringliche Forderungen der Gewerkschaften Der Mißerfolg der Papenschen „Ankurbelung“

Berlin, 1. Dez. (Eig. Draht.) Der Reichswehrminister von Schleicher hat am 28. November Vertreter des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu sich geholt. In der Besprechung, an der Theodor Leipart und Wilhelm Eggert teilnahmen, wurden die dringlichsten wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Fragen erörtert. Die Vertreter der Gewerkschaften haben als die wichtigste Aufgabe die Arbeitsbeschaffung im Wege öffentlicher Arbeiten bezeichnet und außerdem die Aufhebung der lohnpolitischen Bestimmungen der Notverordnung vom 5. September gefordert. Sie haben sich auch für eine unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten durchgeführte Siedlung eingesetzt. Auf Wunsch des Reichswehrministers hat dann Theodor Leipart im Namen des Bundesvorstandes am 29. November die Forderungen des ADGB schriftlich dargelegt und begründet. Das Schreiben an den Reichswehrminister lautet: „Unter Bezugnahme auf die mündlichen Besprechungen erlaube ich mir hiermit, Ihrem Wünsche gemäß unsere Auffassungen zu den mündlich behandelten Fragen wie folgt schriftlich mitzuteilen: 1. Die Notverordnung des Reichsarbeitsministers vom 5. September 1932 ist außer Kraft zu setzen. Die in der Verordnung vom 4. September 1932 für Neueinstellungsprämien zur Verfügung gestellten 700 Millionen Reichsmark sind unverzüglich zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten zu verwenden. Nach den Erhebungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sind im ganzen Reich in 943 erloschenen Betrieben, die vorher 188 669 Arbeitskräfte beschäftigt hatten, nach der Verordnung vom 5. September 1932 42 218 Arbeitskräfte neu eingestellt worden. Diese Angaben beruhen auf der Reichserhebung vom 19. September 1932. Sie sind nach unserer Überzeugung umso weniger genau, als daraus folgen zu können, daß der Anreiz der Prämiensteuerzuschüsse keinerlei nennenswerte Wirkung gehabt hat. Von unseren 11 Verbänden konnten Neueinstellungen überhaupt nicht festgestellt werden. Der größte Teil der Neueinstellungen entfällt auf die Textilindustrie (15 169) sowie auf die Metallindustrie und den Bergbau (12 638). Daß nennenswerte Fälle von Neueinstellungen der Reichserhebung unserer Verbände entgangen sein könnten, halten wir angesichts unserer weitverzweigten Organisation mit ihren über 13 000 Betriebsstellen und rund 100 000 Betriebsräten für ausgeschlossen. 2. Das in der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 5. September vorgesehene Recht der Unternehmer, die Löhne für die ein- und zweimonatige bis vierwöchentliche Ruhezeit zu kürzen, hat eine große Bedenkenliste in den Betrieben und zahlreiche Streiks verursacht, obwohl ein großer Teil der Unternehmer auf die Ausübung dieses Rechts von vornherein verzichtet hat. In der Praxis hat sich dieser Teil der Verordnung als undurchführbar erwiesen. In den Betrieben mit 108 869 Beschäftigten hat die Belegschaft die Gehaltskürzungen ablehnen können. Hierbei haben in vielen Fällen die Schlichtungsinstanzen mitgewirkt und den Arbeitern rechtensgehenden Arbeitseinstellungen fanden in 81 Betrieben statt. In Berlin sind in 544 Betrieben mit 125 018 Beschäftigten die vorher schon wiederholt gestrichenen Löhne noch reduziert worden. 3. Die Befristung der Arbeitsverträge auf 40 Stunden muß unverzüglich als gesetzliche Maßnahmen durchgeführt werden. Die Verordnung vom 5. September sollte bei den Arbeitgebern einen Anreiz für die Befristung der Arbeitsverträge auf 40 Stunden schaffen. Die Reichserhebung unserer Verbände zeigt, daß auch in dieser Hinsicht das System des Anreizes vollständig versagt hat. In den Betrieben, die von der Verordnung Gebrauch gemacht haben:

	in Fällen	Beschäftigte
wurde die Arbeitszeit unverändert	528	129 811
wurde die Arbeitszeit verlängert	250	58 117
wurde die Arbeitszeit verkürzt	165	45 959

Verlängerte Arbeitszeit und Überstunden über 40 Wochenarbeitsstunden hinaus können angesichts der Massenarbeitslosigkeit nicht länger geduldet werden. 4. Das System der Steuerzuschüsse ist dahin umzugestalten, daß steuerliche Steuerzuschüsse als Grundlage für die Finanzierung öffentlicher Arbeiten verwendet werden können. Die bisherige Auswertung des Systems der Steuerzuschüsse läßt nur Tatsachen unstrittig erkennen: Es hat sich infolgedessen bewährt, als es bewiesen hat, daß eine öffentliche Kreditbeschaffung in gewissen Grenzen möglich ist und mit einer Inflationsgefahr verbunden ist. Es hat infolgedessen veranlaßt, es eine fürbare Erweiterung der Produktion und Besserung der Arbeitslosigkeit nicht geeignet hat. Der größte Teil der Steuerzuschüsse verwandelt sich weder in Kapital noch in Kaufkraft, während ihre Verwendung zur öffentlichen Arbeitsbeschaffung im Wege der Vorkläufe des Reichswirtschaftsrats vom 12. März 1932 nur eine geringe Beförderung der öffentlichen Körperlichkeiten eine wirksame Beförderung der Massenarbeitslosigkeit voraussetzt. Mit ihrer Hilfe kann auch die in letzter Zeit in den Hintergrund zurückgedrängte Siedlungsaktivität wieder stark gefördert werden. Diese von uns angeregten Maßnahmen würden etwas ein- und zwei Milliarden Mark ohne geringste Inflationsgefahr für die gesamten Volkswirtschaft erlöschende Arbeitsbeschaffung freimachen und die Wiederbeschäftigung einer Million Arbeitsloser unverzüglich ermöglichen. Damit wäre immerhin ein sichtbarer Anfang einer ernsthaften Arbeitsbeschaffung gemacht.

4. Die durch die früheren Verordnungen herbeigeführten Beschneidungen der sozialen Leistungen müssen im Rahmen der Möglichkeit rückgängig gemacht werden. Die Versorgung der Arbeitslosen muß namentlich in dem bevorstehenden Winter ausreißend verbessert werden; jeder weitere Angriff auf die Löhne und die Rechte der Arbeiter muß unterbleiben. Die Unabhängigkeit der Tarifverträge, die durch die Verordnung vom 5. September aufgehoben war, muß für die Zukunft unangetastet bleiben.

Städteitag fordert Arbeitsbeschaffung

Berlin, 1. Dez. In einer Besprechung zwischen dem Präsidenten des Deutschen Städtetages, Dr. Müller, und den Gewerkschaftsführern Leipart und Otle kam die Ansicht zum Ausdruck, daß die bisherigen Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft nicht ausreichen, weil die öffentliche Hand nicht genügend eingeschaltet sei. Infolgedessen müsse eine Beteiligung der

„Autoritäres“ Durcheinander

Hochbetrieb beim politischen Intrigantentum

Schleichers Bemühungen

Der Reichspräsident empfing am Donnerstagabend den Reichswehrminister zur Berichterstattung über den Stand seiner Bemühungen um die Neubildung der Regierung. Der unermüdete Herr v. Papen wählte auch dieser Besprechung wieder bei. Am Freitag wird der Reichspräsident den deutschnationalen Abgeordneten Sugenera empfangen. Schleicher hat seine Bemühungen bisher nicht aufgegeben, trotzdem ihm die grundsätzliche Abgabe der Nationalsozialistischen Partei zweifellos überraschend gekommen ist. Jedenfalls hat der Reichswehrminister keinesfalls damit gerechnet, daß Hitler im gegenwärtigen Zeitpunkt jede Unterredung mit ihm ablehnen und sich über seinen Kopf hinweg mit einem Abgabebrief an den Reichspräsidenten wenden würde, in dem jeder Neuanfang, die nicht von Adolf „neführt“ werden, grundsätzliche Opposition angesetzt wird. Diese Abgabe erweckt bei den Deutschnationalen neue Hoffnungen. Man betrachtet die Bemühungen Schleichers nunmehr als gescheitert, und kam, als sich das als Irrtum herausstellte, auf die Idee, zur Rettung des Papen-Regimes Schleicher an die Stelle von Papen und Papen an die von Schleicher zu setzen. Wie es heißt, hat man auch versucht, dem Reichspräsidenten diese Idee schmackhaft zu machen und dies unter anderem damit begründet, daß ein Reichspräsident Schleicher unmöglich auch zugleich Reichswehrminister sein könne. Das wäre rein physisch für einen Mann unzulässig; wobei zu beachten ist, daß Schleicher unter allen Umständen beide Ämter in seiner Hand vereinigen will.

Am Freitag wird der Reichspräsident Herrn Sugenera empfangen, wahrscheinlich in der Absicht, ihn um seine Stellungnahme zu einem Kabinett Schleicher zu befragen. Wer weiß, ob nach dieser Unterredung nicht wieder Herr v. Papen mit Zwißel-Bracht in Front steht und das Intrigantenspiel von Neuem beginnt. Nur gut, daß es sich unter der „grundtätigen neuen Staatsführung“ abwickelt.

Papens Ebenbild

Berlin, 1. Dez. (Eig. Draht.) Immer noch harret die Regierungsbildung der Lösung. Auch am Donnerstag ist die erwartete Entscheidung über den neuen Reichskanzler nicht gefallen. Das Kulissenpiel kann weiter gehen. Mit ihm die deutsch-nationalen Intriganten, die nunmehr seit Wochen ein Störungsfeuer nach dem anderen legen und jede Lösung von der ihr Herr und Meister nicht erbaut ist, schon im Stadium der Entwicklung torpedieren. An hohen und höchsten Stellen wird dieses Manöver gefördert und unterstützt, so daß es im Augenblick wieder einmal völlig ungewiss ist, wann der Anschauungsunterricht, der unserem Volke gegenwärtig über den Sinn der „grundtätigen neuen Staatsführung“ erteilt wird, endgültig beendet wird. Von allem Anfang an haben die deutschnationalen Intriganten das Ziel verfolgt, die Papenregierung in ihrem Bestand möglichst zu erhalten, oder doch nur solche Änderungen zuzulassen, die das Gesicht des „autoritär drapierten Reichstins“ wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ am Donnerstag die „grundtätige neue Staatsführung“ charakterisiert hat, nicht wesentlich anders gestaltet. Daran haben die Intriganten bis heute unerschütterlich festgehalten. Immer noch haben sie deshalb die Hoffnung, daß es ihnen schließlich doch noch gelingt, eine Regierung durchzuführen, die dem Papenkabinett ähnlich ist wie ein Kamel dem anderen. Neuerdings sind die Intriganten wieder auf eine Idee verfallen, die sie für verteuert schlau halten. Sie arbeiten auf einen Reichswehrminister nach ihrem Herzen hin und als solcher haben sie Herrn v. Papen auserkoren. Er soll mit Schleicher wechseln und die Krise wäre gelöst.

öffentlichen Wirtschaft an den Steuergaufschnein gefordert werden. — Der Vorstand des Deutschen Städtetages will der Reichsregierung Pläne für ein ganz konkretes Arbeitsbeschaffungsprogramm vorlegen, dessen Durchführung und Finanzierung alsbald möglich sei, so daß mit den dringlichsten Arbeiten noch vor Einsetzen des Winters begonnen werden könne.

Neue Kalkulation

Berlin, 1. Dez. In einigen Berliner Abendblättern wird von einem neuen Brief Hitlers an den Reichspräsidenten gesprochen. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, ist dieser Brief heute tatsächlich eingegangen. Er enthält jedoch keine Neuigkeiten, die ihm eine außerordentliche Bedeutung geben würden, sondern bezieht sich nur auf die Vorschläge, die Hitler dem Reichspräsidenten innerhalb des bekannten Briefwechsels gemacht hat und lehnt jede weiteren Verhandlungen ab. Weiter erfahren wir, daß nach einer Besprechung zwischen dem Reichswehrminister und dem Reichskanzler, die heute mittag stattgefunden hat, für 6 Uhr abends eine neue Besprechung beim Reichspräsidenten angesetzt ist. Die von anderer Seite daran geknüpften Vermutungen, daß die Betrauung des Generals v. Schleicher mit dem Reichskanzleramt nun doch bereits heute abend erfolgen werde, entspricht nach Angaben von unterrichteter Seite nicht den Tatsachen, vielmehr hat die Besprechung nach den bisherigen Dispositionen nur den Sinn, daß dem Reichspräsidenten wieder über die letzte innerpolitische Entwicklung Bericht erstattet werden soll.

Aber das ist nicht alles, was an Provokationen des Volkes geplant wird. Schon seit langem drängen starke deutschnationalen Kräfte darauf, den Reichskommissar in Preußen, Herrn Bracht, Reichsminister spielen zu lassen. Mit Herrn v. Gahl sind sie längst nicht mehr zufrieden. In ihrer Machtgriewollen die deutschnationalen Projektmacher keineswegs darauf warten, daß eines Tages die Verfassungsprojekte des Herrn v. Gahl verwirklicht werden müssen. Sie wollen vielmehr unmittelbarbare Erfolge sehen. Sie wollen sofort heran an die Futtertruppe, und sie sehen in Herrn Bracht den Mann, der ihnen zur Futtertruppe verhilft. Deshalb wollen sie Herrn Bracht als Reichsminister. Das ist die Provokation Nr. 2! Denn Bracht und Papen sind eins. Ihre Politik ist eins und ihr Charakter ist eins. Darum wird der eine von 90 Prozent des Volkes so gehaßt wie der andere.

Papen ist der Baron wie er lebt und lebt, im Leben wie in der Politik. Bracht ist zwar kein Baron, sondern ein simpler bürgerlicher Oberbürgermeister, aber er bemüht sich, Baronspolitik zu betreiben und den Wünschen der Barone zu entsprechen. Wenn schon ein bürgerlicher die Politik der Barone vertritt, dann wird er für gewöhnlich noch härteren als die Barone! Papen hat besonders Verhaftungsmethoden, die auf seinen Charakter Schlüsse zulassen. Seine Unterredungen mit Otto Braun, denen regelmäßig unmittelbare übertragende kommissarische Erlasse in Preußen folgten, sind bekannt. Bracht eifert Papen auch in diesem Punkte nach. Das freundliche Lächeln, mit dem er am 20. Juli die Geschäfte von Severing übernehmen wollte, als ob nichts geschehen sei, charakterisiert ihn. Papen ist persönlich überaus empfindlich. Bracht ist es noch mehr. Papen kann sich nicht stärker als autoritäre Persönlichkeit fühlen als Herr Bracht. Papen ist die Macht zu Kopie gestiegen. Bracht steht ihm darin nicht nach. Er fühlt sich fast noch mehr als der andere. Gegen 400 Zeitungsverbote unter dem Regime Bracht, eine Politik der Pressefesselung ohne gleichen, die eben erst ihre Krönung im Verbot der gesamten rheinischen Presse der Sozialdemokratie gefunden hat.

In Bracht verkörpert sich die Politik der ohelbischen Reaktion in Preußen. Er hat auf Wunsch der Junker die große Maßregelung der Republikaner durchgeführt. Er sorgt als bürgerlicher dafür, daß der reaktionäre Adel wieder in die preußische Verwaltung eindringt, um sie zu seiner Domäne zu machen. Er betreibt praktisch konterrevolutionäre Politik in Preußen, er will das Rad der Geschichte zurückdrehen. Er führt Nadelspitzenpolitik gegen die republikanische Bevölkerung. Keine reaktionäre Anregung fällt bei ihm auf unfruchtbaren Boden. Von der Zwißelangelegenheit bis zur Hauptmannsmedaille geht eine gerade Linie. Unter seiner Führung ist der Kurs der preußischen Innenpolitik ein Kurs der kleinlichen reaktionären Geschäftigkeit, der eine fortwährende Provokation der republikanischen Bevölkerung bedeutet. Von Herrn Bracht und seinen Leuten fühlt die Arbeiterschaft sich ebenso schikaniert, wie seinerzeit von den junkerlichen Beamten des wilhelminischen Regimes!

Bracht als Reichsminister, das wäre eine neue Provokation, nicht minder gefährlich als der Plan, Papen wieder zum Reichskanzler oder zum Reichswehrminister zu machen. Papen muß ein und für allemal erledigt sein. Mit ihm muß sein Ebenbild verschwinden, jener Papen Nr. 2, genannt Bracht I. Ob es gelingt? Von Stunde zu Stunde ändert sich das Bild um die Krise, die zur Zeit unter dem Beginn der grundsätzlichen neuen Staatsführung in Berlin mit Lust und Tüde ausgehandelt wird. Einmal ist Papen mit seinem Bracht an der Oberfläche, das anderemal wieder Schleicher. Am Papen und Bracht von der politischen Bühne verschwinden zu lassen, muß uns schließlich jedes Mittel recht sein.

verständnis innerhalb unserer Partei geachtet und niemand von uns weicht sich an, der Weisheit der Fraktion wegen ihrer Überzeugung Vorwürfe zu machen. Aber schließlich ist die Sozialdemokratie eine kraft organisierte Partei und die Handlungsfreiheit jeder Instanz und Körperschaft innerhalb unserer Partei findet ihre Grenzen in den Beschlüssen der Parteitag. Diese Beschlüsse sind für alle Mitglieder höchste Parteigesetze. Kein Parteimitglied und keine Körperschaft innerhalb der Partei vertritt sich das Gerindeste, wenn sie sich Parteitagbeschlüssen unterwerfen; das zu tun, ist auch niemals in der Partei als Anhebung der Meinungsfreiheit aufgefaßt worden. Wir weisen daher den im „Badischen Beobachter“ erhobenen Vorwurf gegen die Sozialdemokratie entschieden und auf das schärfste zurück.

G. Sch.

Freistaat Baden

Einschränkung der Fastnachtstunbarkeiten

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Im Hinblick auf den Ernst der Zeit und die Notlage des deutschen Volkes werden hinsichtlich der Fastnachtstunbarkeiten für das Jahr 1932/33 folgende Anordnungen getroffen: 1. Karnevalistische Veranstaltungen jeglicher Art, insbesondere Masken- und Kostümbälle, sind auf Grund der §§ 30, 60 und 63 des Polizeiverordnungsbuches vor dem 4. Februar 1933 und ebenso nach dem Fastnachtstunbarkeitsgesetz gänzlich verboten. Diesem Verbot unterliegen auch private Veranstaltungen, die in Wirtschaftsräumen oder anderen sonst der Öffentlichkeit zugänglichen Räumen stattfinden. 2. Auf Grund des § 366 Ziffer 10 und 360 Ziffer 11 des Reichsstrafgesetzbuches wird jedes Fastnachtstreiben auf öffentlichen Straßen und Plätzen untersagt, also insbesondere alle Fackelzüge, Auf- und Umzüge sowie jedes fackelartige Auftreten von Personen auf öffentlichen Straßen oder Plätzen. Nicht verboten sind die in bestimmten Teilen des Landes üblichen althergebrachten (historischen) Gebräuche besonderen lokalen Charakters, soweit sie sich in der Zeit vom Donnerstag vor Fastnacht bis Fastnachtstunbarkeitsabend abspielen. Auch soll das Verbot nicht auf Kinder unter 14 Jahren beschränkt sein. Am Übermaß werden die Polizeibehörden angewiesen, soweit es gefehlt hat, möglichst rasch auf die Einschränkung der Fastnachtstunbarkeiten hinzuwirken sowie dafür zu sorgen, daß auch bei den ungelassenen Fastnachtveranstaltungen alle Auswüchse unterbleiben, insbesondere, daß die halbwegsige Jugend sowie Personen, die in unangenehmer Kleidung erscheinen oder sich unziemlich benehmen, ferngehalten oder entfernt werden.

Lügenfeldzug gegen Reichsbanner

Wie die Nationalisten schwindeln
Seit kurzem bemüht sich die nationalsozialistische Presse über das Reichsbanner die unüberprüfbarsten Lügen systematisch zu verbreiten und der nationalsozialistischen „Führer“ in Karlsruhe sucht durch grobe Schwindelmeldungen dem Reichsbanner Abbruch zu tun, ohne daß ihm dies allerdings gelingt. Anstatt sich all dieser falschen, sich vielfach widersprechenden Schwindelereien der verschiedenen „nationalen“ Agenturen ist es zweckmäßig, die Dinge richtigzustellen, indem sie die von der reaktionären „Berliner Morgenpost“ ausbreiteten Schwindelmeldungen wie folgt richtig stellt:
Die „Berliner Morgenpost“ läßt, daß es anläßlich der kürzlichen Bundeskonferenz des Reichsbanners in Bremen zu einem Konflikt zwischen Hiltmann und dem Parteivorstand der SPD, gekommen sei. In Wirklichkeit ist es gerade auf dieser Konferenz, an der der Vorsitzende der SPD, der Reichstagsabgeordnete Wels, und führende Vertreter der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei teilnahmen, zu einem erneuten Festhalten des Zusammengehens auf einem gemeinsamen Wege gekommen.
Unnötig ist weiterhin die Behauptung der „Berliner Morgenpost“, daß der sozialdemokratische Parteivorstand in Bremen eine Erklärung gegen das militärische Reichsbanner in der „Bremer Volkszeitung“ veröffentlicht habe und außerdem öffentlich den wehrsportlichen Vorführungen des Bremer Reichsbanners ferngeblieben sei.
Ebenso schwindelt es, daß der Bundesführer Hiltmann beim Verabschieden von einer „Ehrenkompanie“ ausgesprochen worden sei. Bundesführer Hiltmann ist nicht nach Schluß des Treffens abgefahren, sondern er am Dienstag abend. Er besah sich in Begleitung des Gauleiters zum Bahnhof, wo eine „Ehrenkompanie“ nicht vorhanden war.
Ferner wird behauptet, daß zwischen dem Reichsbanner und der SPD dadurch ein Konflikt entstanden sei, daß der Bundesführer Hiltmann sich für Arbeitsdienstpflicht einsetze. Tatsache ist, daß das Reichsbanner — ebenso wie die Mehrzahl der am freiwilligen Arbeitsdienst beteiligten Organisationen — die Arbeitsdienstpflicht als eine absolut unnötige Angelegenheit aufs Entschiedenste bekämpft, sich dagegen in Gemeinschaft und Zusammenarbeit mit den gewerkschaftlichen Organisationen in der Arbeitsgemeinschaft des „Sozialen Dienstes“ führend am freiwilligen Arbeitsdienst beteiligt.
Auch die weitere Behauptung, daß es in einem Arbeitslager des Reichsbanners in Lüneburg zu einer Rebellion gekommen sei, ist erflogen. Es ist lediglich etwas davon bekannt geworden, daß vor kurzem in einem Arbeitslager im Lüneburger eine Gruppe sozialdemokratischer Arbeiter sich gegen die Reichsbanner rebellisch verhalten hat.
Genau so aus der Luft gegriffen ist die Behauptung, daß im Reichsbanner eine „Rebellion“ ausgedacht sei.
Wenn weiter davon gesprochen wird, daß Parteimitglieder und Zentrumsmitglieder des Bundesverbandes sich mit Austrittsabsichten trügen, so ist das eine liebe alte Ente, die die „Berliner Morgenpost“ ihren Lesern von Zeit zu Zeit vorsetzen zu mühen pflegt.
Der „Berliner Morgenpost“ und ihrem nationalsozialistischen Pressebanden sei nur gesagt: von einem Zusammenbruch des Reichsbanners kann

keine Rede sein. Wer die Geschlossenheit der Bremer Bundeskonferenz miterlebt und die begeisterte Zustimmung zu den neuen Organisationsplänen, die der Bundesführer Hiltmann dort erteilte, gehört hat, der weiß, daß das Reichsbanner sich gerade jetzt in einem Abschnitt neuer Entwicklung und entschlossenen Fortschritts befindet.

Das Ende der Kundjunk-Umwälzung

Berlin, 1. Dez. (Eig. Draht.) Aus den für den Kundfunk groß geplanten Umwälzungen und Neuerungen der autokratischen Regierung ist jetzt ein Mäuslein herausgelommen, genannt „Reichsfender“. Er ist nichts anderes als die bisherige „Deutsche Welle“, deren Sendung ausgedehnt werden soll. Der „Reichsfender“ soll am 1. Januar 1933 in Aktion treten, aber einstweilen nur „auf Probe“ bis zum 31. März 1933.



Du wirst dich nicht beschämen lassen!

Deine selbstverständliche Pflicht: Eine Spende für die Gefangenen- und Verwundeten-Hilfe

Die Kriegsschuldendebatte

London, 1. Dez. (Eig. Draht.) Die zweite Note der britischen Regierung zur Stundung der Dezemberrate der Kriegsschulden ist am Donnerstag in Washington überreicht worden.
W.D. London, 1. Dez. Der Wortlaut der neuen britischen Note an Amerika liegt nunmehr vor. Die Note erklärt: Die britische Regierung betont ihre Überzeugung, daß ihr Vorschlag auf eine Suspendierung der Dezemberzahlung, ein Vorschlag, der in keiner Weise eine abschließliche Regelung berühren würde, notwendig ist, um die für ein erfolgreiches Ergebnis der daraus folgenden Verhandlungen über die Revision der bestehenden Schuldverpflichtungen günstige Lage zu schaffen. Die Revision der britischen Regierung in Gold und ausländischer Währung würden, obwohl ausreichend um Währungsabweichungen zu mildern, nicht genügen, um die Zahlung von 95,5 Millionen Dollar zu decken. Die Währungsschwierigkeit würde bestehen bleiben, selbst wenn man zu dem Hilfsmittel einer Sterilisationszahlung in ein Sperrkonto greifen würde. Die einzig übrig bleibende Alternative würde eine Zahlung in Gold sein. Eine derartige Zahlung würde die Obergrenze eines beträchtlichen Teiles der Goldreserven der Bank von England bedeuten.
In einem der Kaufmann Regelung gewidmeten Abschnitt einer Note heißt es: Wenn die Zahlung der für die britische Kriegsschuld an die Vereinigten Staaten fälligen Summen wieder aufgenommen werden soll, so würde die britische Regierung verpflichtet sein, die Frage der Zahlungen der eigenen Schuldner wieder zu eröffnen. Die Schuldnerländer würden ihrerseits Zahlungen Deutschlands zu fordern haben und Großbritannien würde daselbe tun müssen. Ohne eine Regelung der Kriegsschuldenerpflichtungen könne das Kaufmann Abkommen nicht ratifiziert werden. Die Frage der Reparationen würde ungerührt bleiben. Die Forderung im Vertrauen, die auf die Kaufmann Vereinbarungen basierte, würde wieder sunstige gemacht werden und zahlreiche ernste politische und finanzielle Probleme, die jetzt in der Erörterung stehen, würden dadurch verhängnisvolle Ergebnisse haben.
Paris, 1. Dez. (Eig. Draht.) Der nationalsozialistische Abgeordnete Martin hat am Freitag entgegen der Erwartung auf eine Debatte über seine Entschuldigungsverordnungen bestanden.
Aber Martin hat auch der radikale Abgeordnete Heße und der Abgeordnete Bernot, Vorsitzender einer Fraktion der Mitte, eine gemeinsame Entschuldigungsverordnung über die Schuldenfrage eingebracht, in der die Regierung aufgefordert wird, die am 15. Dezember fällige Zahlung zu verweigern und mit Amerika eine Regelung auszuarr-

beiten, die die Besetzung der Schulden von den eventuellen Einräumungen der deutschen Reparationszahlungen abhängig macht.

Paris, 1. Dez. (Eig. Draht.) Der Ministerrat hat am Donnerstag den von Herriot und dem Finanzminister Germain Martin ausgearbeiteten Text der neuen Note an Amerika genehmigt.

Papens Herrenklubmanieren

Berlin, 1. Dez. (Eig. Draht.) Das ... Papen auszeichnende Taktgefühl hat ihn selbst als gestützten Reichsfinanzler nicht verlassen. Obwohl er am Morgen nicht weiß, ob er nicht schon am Abend der Privatmann Papen ist, schrieb er am Donnerstag einen Brief an das preussische Staatsministerium, der die Anordnungen der verfassungsmäßigen preussischen Regierung über deren Geschäftsbetrieb fortsetzt und die Regierung Braun wieder einmal in der üblichen Weise brüskiert.
Papen erklärt in diesem Schreiben, daß nur solche Briefe dem Kabinett Braun ausgehändigt werden, denen äußerlich anzumerken ist, daß sie für das Kabinett Braun bestimmt sind; daß diejenigen Beamten, die vom Staatsministerium zur Vertretung gegenüber dem Reichsrat, Landtag usw. gestellt werden, ihre Befehle durch die Staatssekretäre der betreffenden Ministerien erhalten; daß das Beurlaubungsrecht gemäß der Regelung durch den Reichspräsidenten vom 18. v. Mis. dem Reichskommissar und seinen Beamten übertragen verbleibt usw. usw.
Bis in seine letzte Stunde jetzt Herr v. Papen seine Herrenklubmanieren fort. Darnach muß man allen Ernstes bezweifeln, daß er es je verstehen wird, warum ihm 90 Prozent der Wähler zweimal und unabweisbar anerkennen haben, daß sie ihn nicht wollen.

Willkürherrschaft der Nazis

SB. Dessau, 1. Dez. Der nationalsozialistische Ministerpräsident Freyberg in Anhalt hat jetzt vor dem Oberlandesgericht in Raumburg in der kurzen Zeit seiner sechsmonatigen Regierung die vierte Niederlage erlitten, weil er politische Maßnahmen getroffen hat, ohne sich um deren rechtliche Zulässigkeit genügend zu kümmern.
In Dessau war der langjährige sozialdemokratische Stadtverordnete Sinsel zum beiderseitigen Stadtrat gewählt und von der damals amtierenden Regierung bestätigt worden. Am 1. Januar 1932 trat er sein Amt an. Am Juli 1932 entzog die inzwischen aus Ruder gefommene Rechtsregierung unter der Verantwortung des Ministerpräsidenten den Stadtrat Sinsel seines Amtes. Gegen diesen juristisch nicht vertretbaren Schritt der politischen Machregelung klagte Stadtrat Sinsel und beantragte durch einstweilige Verfügung, ihm bis zum Austrag dieses Streits einen Teil seines Gehalts zu zahlen. Das Landgericht in Dessau gab diesem Antrag statt und bewilligte Sinsel die Hälfte seines Monatsgehalts. Nach dieser ersten Niederlage Freybergs ist nun in der gleichen Sache die zweite Niederlage erfolgt. Die beim Oberlandesgericht in Raumburg eingelegte Berufung gegen die für Sinsel günstig ausgegangene einstweilige Verfügung ist verworfen worden. Darnach ist nicht mehr zweifelhaft, daß in der Hauptklage genau so entschieden wird, wie in dem Verfahren um die einstweilige Verfügung und Freyberg sich demnach eine neue Niederlage holen wird.

Ein Presseprozeß

SB. Der wegen Verbrechen gegen die Paragraphen 6 und 16 der Rotverordnung angeklagte Geschäftsführer der „Dithminger Tribüne“ wurde vom Schöffengericht in Gera freigesprochen.
Im September war dieses sozialdemokratische Blatt für zwei Wochen verboten. Als Erlaß erhielten die Abonnenten die in Gera erscheinende „Neuzeitliche Zeitung“. Außerdem ließ der Ortsausschuß des NSDAP in Gera für seine Gewerkschaftsmitglieder im Verlag der „Tribüne“ ein Nachrichtenblatt drucken. Es hatte den Titel „Geschäftsanzeiger“ und wurde von den Austrägern der „Tribüne“ verbreitet. Dieser „Geschäftsanzeiger“ wurde sofort von dem Oberstaatsanwalt beschlagnahmt. Der Vorsitzende des NSDAP, Paul Schmidt, sowie der Geschäftsführer Arn o We i ß n e r erhielten gleichzeitig eine Anklage wegen Verstoß der Rotverordnung gegen politische Veröffentlichungen vom 14. Juni 1932. Der die Anklage vertretende Staatsanwalt, ein Nazimitglied, beantragte gegen Schmidt und Weißner je drei Monate Gefängnis.
Rechtsanwalt Dr. Neumann (Berlin) erläuterte anhand von Entscheidungen des Staatsgerichtshofs und des Reichsgerichts die zu einem Verbot erforderlichen rechtlichen Grundlagen. Ein derartiges Verbot sei nicht als Strafe gedacht, sondern als vorbeugende polizeiliche Maßregelung, durch die weitere ähnliche Veröffentlichungen, als die zum Verbot führenden, verhindert werden sollen. Voraussetzung für das Verbot eines Erklärungsblattes sei jedoch, daß dieses in Bezug auf Tendenz und Inhalt mit dem verbotenen Organ übereinstimme. Das treffe bei dem fraglichen Geschäftsanzeiger in keiner Weise zu, denn er habe nur Inserate und ein Feuilleton enthalten. Weitere Voraussetzung sei, daß jeder Abonnent das Erklärungsblatt erhalte, das sei ebenfalls nicht erwiesen.
Das Gericht sprach beide Angeklagte auf Kosten der Staatskasse frei.

Tagesschau

Warschau, 1. Dez. Die Polizei hob am Mittwoch eine Kommunistenversammlung aus: 195 Personen wurden festgenommen.
Nanking, 1. Dez. Die chinesische Nationalregierung, die während des Vormarsches der Japaner nach Lonang geflüchtet war, hat die Geschäfte in Nanking wieder aufgenommen.

Roland-Kunden sind stolz auf ihre Schuhe

Auch Roland-Hausschuhe, Socken u. Gamaschen sind stets willkommene Weihnachts-Geschenke!

Roland Karlsruhe Kaiserstraße 108

Haupt-Preislisten

8 ⁵⁰
10 ⁵⁰
12 ⁵⁰

Volkswirtschaft

Karlsruher Börse

Verteilung Getreide, Mehl und Futtermittel. Der Markt ist weiter ruhig, für prompte Futtermittel besteht Nachfrage. Anlaufbörsen, je nach Qualität, neue Ernte, nur prompte Verladung 21.250—21.75, Anlaufbörsen, neue Ernte 17.25—17.50. Sommergerste, je nach Qualität und Herkunft 19.00—20.00, Auslieferung über Metz, Futter- und Sortiergerste, je nach Qualität 17.00—17.75, Deutscher Kaiser, geißt oder weiß, je nach Qualität 14.00—14.50, Platamat 18.50—19.00, Weizenmehl, Weiß Spezial 0, mit Weizenmehl, November-Januar 29.25—29.75, Weizenmehl, Weiß Spezial 0, Anlaufmahlung, November-Januar 29.25—29.75 (beides Förderungen der Südb. Mälenvereinigung Mannheim mit den entsprechenden Spannungen für 00 = +3.00 M für Weizenmehl = -3.00 M), Roggenmehl, Weiß ca. 60 Prozentig, je nach Fabrikat und Vielesort 23.75—24.25, Weizenbrotmehl (Wintermehl), je nach Fabrikat 9.75—10.00, Weizenbrot, feiner 7.75—8.00, Weizenbrot, grob 6.75—7.00, Weizenbrot, je nach Qualität, prompt 11.00—11.25, Erdweizenbrot, feine, je nach Qualität und Vielesort 7.75—8.00, Weizenbrot, je nach Qualität und Herkunft 10.50—11.50, Erdweizenbrot, feine, je nach Fabrikat 11.50—12.25, Weizenbrot, je nach Fabrikat 8.50—8.75, Weizenbrot, je nach Vielesort 10.75, Weizenbrotmehl, je nach Fabrikat 11.75—12.00, Weizenbrotmehl, je nach Ernte 3.75—4.00. — Rohfuttermittel: Weizen, trocken, gut, gelb, 4.75—5.00, Weizen, gut, gelb, trocken 5.00—5.25, Weizen-Roggenstroh, braun, je nach Qualität 3.75—4.00, Alles per 100 Kilo: Weizen, Weizenbrot und Weizenbrot mit Getreide und Erdweizenbrot ohne Weizen. — Futtermittel: Weizenbrot, je nach Qualität 3.75—4.00, Weizenbrot, je nach Qualität 3.75—4.00, Weizenbrot, je nach Qualität 3.75—4.00. — Futtermittel: Weizenbrot, je nach Qualität 3.75—4.00, Weizenbrot, je nach Qualität 3.75—4.00, Weizenbrot, je nach Qualität 3.75—4.00.

Der Reichstagsbeschluss zur Steuerermäßigung — Probenummern erhalten Sie bei Bezugnahme auf unsere Zeitung kostenlos vom Rudolf Lorenz Verlag, Charlottenburg 9.



Der russische Revolutionsführer Sinowjew wurde dieser Tage fälschlich todat.

Aus dem Gerichtssaal

Die Karlsruher Lebensversicherungsbank schreibt uns: Sie wir hören, sind die zwischen der Schwedischen Lebensversicherungsbank A. S., Frankfurt a. M., und der Karlsruher Lebensversicherungsbank A. S., Karlsruhe, schwebenden Prozesse durch einen beide Parteien betrieblichen Vergleich genehmigt worden. Es handelt sich bekanntlich um eine Forderung der Lebensversicherungsbank A. S., die Karlsruher Lebensversicherungsbank in Höhe von rund 705.000.— M. nebst Zinsen und Kosten entstanden ist, welche die Karlsruher Lebensversicherungsbank im Jahr 1929 durchgeführte Rückstellungen der Lebensversicherungsbank A. S. betrafen. — Ferner schreibt die Karlsruher Lebensversicherungsbank, dass die Karlsruher Lebensversicherungsbank die ihr aus dem Verhältnis der Karlsruher Lebensversicherungsbank A. S. zu den Karlsruher Lebensversicherungsbank A. S. entstehenden Verbindlichkeiten der Karlsruher Lebensversicherungsbank A. S. zum Erlös der Karlsruher Lebensversicherungsbank A. S. zur Verfügung gestellt hat. — Es ist erfreulich, dass diese Streitigkeiten nunmehr durch einen Vergleich zwischen den beiden Parteien beendet ist und dass die Karlsruher Lebensversicherungsbank die ihr aus dem Verhältnis der Karlsruher Lebensversicherungsbank A. S. zu den Karlsruher Lebensversicherungsbank A. S. entstehenden Verbindlichkeiten der Karlsruher Lebensversicherungsbank A. S. zum Erlös der Karlsruher Lebensversicherungsbank A. S. zur Verfügung gestellt hat.

Freispruch — 9. — Vor dem Karlsruher Schöffengericht wurden wieder zwei Fälle verhandelt bei denen Menschenleben durch Fahrlässigkeit zum Opfer fielen. Am die Mittagszeit des 14. September fuhr die Ehefrau Kästner auf der Kreisstraße nach Oetigenheim mit ihrem Fahrrad auf der Kreisstraße nach Oetigenheim kommend, aber die außerordentlich stark befahrenen Landstraße Karlsrufer-Darmstädter. Das Auto eines Firmajener Schiffsfabrikanten fuhr daher, es kam zu einem Zusammenstoß, bei dem die Ehefrau K. so unglücklich fiel, daß alsbald der Tod eintrat. Der Kraftwagenführer, Fabrikant Johannes Jäger aus Darmstadt hatte sich deshalb vor dem Karlsruher Schöffengericht wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten. Der polizeiliche Sachverständige erklärte beide Angeklagten in gleicher Weise für schuldig. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Oppenheimer beantragte Freispruch. Aus den genannten Gründen sprach das Schöffengericht den Angeklagten von der erhobenen Anklage frei.

Wegen Blutsand verurteilt — 6. — Hinter verschlossenen Türen verhandelte am Dienstag die große Strafkammer des Landgerichts Karlsruhe gegen den 33-jährigen Landwirt F. M. aus Eibelsheim. Dem Angeklagten war zur Last gelegt worden, daß er in den Jahren 1926 und 28 mit seinen beiden Töchtern verkehrt habe. Das Gericht verurteilte den geländigen Angeklagten im Sinne der Anklage zu einer Zuchthausstrafe von 3 Jahren und 2 Monaten. 2 Monate der erlittenen Untersuchungshaft gelten als verbüßt.

Letzter der Reichsvermögensstelle Rehl, späteren Verwalter der Karlsruher usw., Gustav Ruchbauer, wegen schwerer Amtsunterschlagung, Verzug usw. zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Das Reichsgericht hatte die gegen dieses Urteil eingelegte Revision verworfen.

Aus der Stadt Durlach

Aus der Stadtratssitzung vom 30. November 1932 W. Bei den in der Feststellung begriffenen Neubauten an der Durlacherstraße sollen durch kleine bauliche Veränderungen Verbesserungen der Wohnverhältnisse geschaffen werden. Mehrkosten entstehen hierdurch nicht. — Um die durch die schweren Niederschläge in den letzten Jahren verursachten Hochwasserbeschädigungen des Tiefen Grabens zu beheben, wurde der westliche Grabendamm entlang der Eisinger Landstraße erhöht; außerdem soll vor der Einigung des Grabens eine Sperrmauer eingebaut werden, die die von oben herunterkommenden Geröllmassen anhalten sollen. An einigen Stellen im Wald werden kleinere Uferdämmen erstellt. — Ein Gehweg im Ueberbauung von circa 3 Quadratmeter an der Waldhörnstraße in Durlach-Aus kann der Stadtrat in der vorliegenden Form nicht genehmigen, da die Straße an jener Stelle sehr schmal ist und dieser Teil der Straße zum Feuerhaus und Gartenfall führt. — Durch die Anlage von Ringenstapeln im Spielplatz des städtischen Schwimmbades ist die allgemeine Spielfläche verkleinert worden; sie muß deshalb in der Richtung nach dem Brunnen erweitert werden. — Für die Umgestaltung der Krieger- und Hilegergrabenanlage auf dem Städt. Friedhof wurde ein Projekt aufgestellt, das grundsätzlich genehmigt wird; die Ausführung erfolgt im Laufe des nächsten Jahres. — Die Zahl der Erwerbslosen beträgt 2379, sie hat sich wiederum erhöht. — Einem Antrag aus dem Stadtrat selbst folgend, wird der Punkt: „Bürgermeisterwahl“ auf die Tagesordnung der nächsten Stadtratssitzung gesetzt.

Die Gerichtsstatistik vom Offenburger Parteitag hatte am Mittwochabend zahlreiche Genossinnen und Genossen im Parteilokal „Festhalle“ zusammengeführt. Der Parteitagsgeschäftigen Gen. Ribert, Ausführlich schilderte er die Darlegungen der Gen. Reinhold und Rüdert, um den Zuhörern ein klares Bild über das pro und contra der Konordatsfrage zu geben und ebenso die bemerkenswertesten Ausführungen der Diskussionsredner, namentlich der Gen. Kemmele und Marum. Die Aussprache gestaltete sich sehr umfangreich und bewies das rege Interesse der Mitglieder an der Frage des Konordatsabschlusses. 14 Genossinnen und Genossen trugen ihre Ansicht vor und erklärten sich fast durchweg mit dem Ergebnis des Parteitags als befriedigt. Manche ließen natürlich auch andere schwebende Parteifragen in die Debatte einfließen, auf welche dann Gen. Ribert in seinem Schlusswort mit der Darlegung einiger recht interessanter Gesichtspunkte eintrat. Gen. Ribert gab dann noch bekannt, daß in der letzten Sitzung des Stadtrats von bürgerlicher Seite die Stellungnahme zur Bürgermeisterwahl anerkannt und beschlossen worden sei, die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Stadtratssitzung zu setzen. Unsere Stadtrat- und Bürgerausschüsse werden am kommenden Samstag, 3. Dezember, in einer gemeinsamen Fraktions-sitzung dazu Stellung nehmen und außerdem wolle der örtliche Parteivorstand in einer auf kommenden Montag einberufenen Parteierammlung den Genossinnen und Genossen Gelegenheit geben, in dieser immerhin wichtigen kommunalpolitischen Frage ihre Auffassung kundzutun. Der Vorstoß fand allgemeines Entgegenkommen.

Herren-Ulster 55.- 40.- 28.-
Ulster-Paletots 58.- 42.- 29.-
Paletots 33.-
 Schwarze u. marengo
 zanz auf K'Seide Atlas 25.- 42.-
Gabardine-Mäntel 47.- 37.- 29.-
Loden-Mäntel 30.- 22.- 15.-
Weiter-Mäntel 24.- 15.50 14.90
Burschen- u. Knaben-Mäntel
 entsprechend billiger.
 Dem Ratenkaufabkommen der Bad. Beamten-
 bank angeschlossen.
Julius Löwe
 Karlsruhe
 Südstadt
Werderplatz 25
 Sonntag 4. Dezember
 von 11 Uhr
 bis 6 Uhr
 geöffnet

Trinkt
Hoepfner-Bils
Oelen für Kohle 1360
für Petroleum
OTTO STOLL
 Eisenwaren
 Kaiserplatz
 Sehr gut erhaltenes
 Schranzkammophon
 in Plattenform schön
 Schanzlerfeld (Post)
 zu verl. 25. Verisch.
 Karlsruhe-Zugland.
 Landwehr 8a 92159

MODEHAUS
Sandauer
KARLSRUHE
 Das große Spezialhaus der praktischen
 und begehrten Festgeschenke.

Badisches
Sandestheater
 Freitag, 2. Dez.
 8.10
 (Freitagmiete)
 Th. Gem. 111. S.-Or.
 i. Hälfte
Robinson
 soll nicht sterben
 Ein Stück
 von Friedrich Schiller
 Regie: Raumbach
 Versöhnende: Vertman
 Gramsch, Oenter,
 Kraiser, Gemmecke,
 Vera, Piel, Kleinfischer,
 v. Pöhl, Rehnert,
 Schüller, G. Müller,
 v. W. Müller,
 Schölz, Haug,
 Kautsch, G. W. Kato,
 Montag 20. Uhr
 Ende 22. Uhr
 Stelle B (0.80—3.90.4.)
 Sa. 3. 12.
 Sp. 4. 12. Mischel, im
 Schauspielhaus, Karlsruh.
Colosseum
 Taglich u. un-
 schätzbar
 L. d. Leerschlaier
die Kölner
 Filiale

Wieder eingetroffen
Frische Landbutter Pfd. 1.15
Margarine Pfd. 0.25
 la Schweizerkäse 1/2 Pfd. 0.24
 dan. Schweizerkäse 1/2 Pfd. 0.20
 Eier-Handelsges.
Genger & Co
 Kasernenstr. 43 u. Filiale Kasernenstr. 172
 Tel.-fon 6348 — Lief. rung frei Haus

Gebrauchte MOEBEL
 aller Art haltb. u. vornehm.
Schirmann, Markgrafenstraße 43
 Es ist erschienen:
Der sozialdemokratische
Abreißkalender
1933
 In Kupfertiefdruck hergestellt. Er bringt wie üblich historische Daten aus der Arbeiterbewegung. Gute Bilder beleben den Kalender. Aus Anlaß des 100. Todestages unseres Führers Karl Marx ist die Rückwand dem Andenken dieses großen Toten gewidmet. Der Preis ist herabgesetzt und kostet 1.75 RM. Zu haben in allen Partei- und in Gewerkschaftsbuchhandlungen

Der Rhein-
expresß
 Koblenz ●
 Mainz ●
 Worms ●
 Mannheim ●
 Heidelberg ●
 Florzheim ●
 weiß aus
 jeder Stadt
 das
 Neueste
 Freiburg ●
 Schaffhausen ●
 Lindau ●
 Basel ●
 Konstanz ●
Nr. 42
 Aus dem Inhalt: Aus der Folterkammer der Siguranzen — Was in der Welt passiert — Politik der Woche — Hitler in Unterhosen — Bilder der Woche — Der Fremde — Was ist Wahres und Falsches an Trompeter von Sickingen — Der Werdegang unserer Kolonie — Wir am See — Die Mädchen von Bali — Meuterer gründen einen Staat — Ein Drama in der Süde — Juwelenräuber — Diesmal war ich's nicht — Die weiße Rose — Der graue Strom — Delikatessen der Kongo-Zwerg — Arbeit daheim — Kinderland.
 Bezug durch
Volksfreund G. m. b. H., Karlsruhe
 Wadstraße 28 und unsere Filialleiter.

Morgenröcke sind sehr beliebt
 2.50 3.90 5.75 8.90
Damen-Pullover sehr begehrt
 3.25 4.90 6.50 8.50
Damen-Blusen sehr geschätzt
 4.25 5.90 7.50 9.75
Damen-Röcke, die neuen Façons
 3.90 5.50 7.90 9.25
Damen-Mäntel mit Pelz
 14.50 19.50 24.50 29.50
Damen-Kleider, Wolle und Seide
 8.90 10.50 13.75 19.50
Kinder-Mäntel und Kleider
 3.90 5.50 7.50 9.75
Sonntag von 11 bis 6 Uhr geöffnet

Partei-Nachrichten

„Das Freie Wort“
das Diskussionsorgan der Partei, ist nach Beendigung des Wahlkampfes wieder zu seiner Hauptaufgabe...

Abonnenten gewährt der Verlag im Rahmen eines Werbe-Aus-schreibens wertvolle Buchprämien...

Sozialistische Dichtertätigkeit

Am 23. November dieses Jahres wurde von einer konstituierenden Versammlung führender Persönlichkeiten der sozialistischen Idee im Haus des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes die Sozialistische Dichtertätigkeit ins Leben gerufen...

auf das Postkonto der Arbeiterbank, Berlin, Konto Nr. 141 528, für die „Sozialistische Dichtertätigkeit“.

Tagungen

Der Süddeutsche Musikerbund hielt am vergangenen Sonntag die Vertreterversammlung der Abteilung Baden in Karlsruhe ab. Die Tagung wurde eröffnet durch einen Musikvortrag des Cornetquartetts des Musikvereins Harmonie Karlsruhe...

Sozialdem. Partei Karlsruhe
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern die Trauernachricht, daß die Genossin Emma Fischer gestorben ist...

Hell leuchtende Augen!
Weihnachten
bei den Kleinen und den Großen wollen Sie zu um sich sehen.

Carl Pfeifferle
Jüngeres Mädchen zur gelegentlichen Beaufsichtigung von zwei Kindern im Alter von 5 u. 10 Jahren...

Für die Dame
Für den Herrn
Für die Ausstattung
Für das Kind
Geschmackvolle Damenmäntel mit u. ohne Pelz 39.50 29.50 19.75

Möbel
Ein kleiner Zimmerstisch mit 4 Stühlen...

Carl Schöpfi
Karlsruhe
Auf Wunsch erhalten Sie das Geschenkkartons verpackt...

Küchen
Druck-Linoleum 1.90 an
Inlaid-Linoleum 3.50 an

Ein Weihnachtslos
ARBEITER-WOHLFAHRT
hilft mit 50 Pf.
450 000 Mk.

Das Weihnachtsfest
In den Familien werden gründliche Beratungen abgehalten. Ueberall wird vorbereitet...

Frauenversammlung

Die Frauengruppe der Sozialdemokratischen Partei hatte für ihre letzte Hauptversammlung den Genossen Haebler als Referent gewonnen...

Der Redner behandelte dann die einzelnen Vorschläge, die die verschiedensten Länder unterbreitet haben, bei denen es abgelehnt wird, wie es für das betreffende Land von Vorteil ist...

Reicher Beifall dankte dem Redner für seine interessanten Ausführungen, denen man einen viel größeren Hörerkreis gewünscht hätte...

In die goldene Freiheit... Anlässlich einer Vorführung eines Unteruchungsgegenstandes benutzte dieser die Gelegenheit zu einem Fluchtversuch...

Badisches Landes-Theater. Dr. Richard Straub wird am Samstag, den 3. Dezember, als Pirat im Badischen Landes-Theater erscheinen und seine Oper „Solomo“ leiten...

gebörte und mit seiner harmlos — übermäßigen Lustigkeit mehr als ein halbes Duzend Wiederholungen erzielte.

Das Preislibretto des Badischen Landes-Theaters. Das im Rahmen der diesjährigen Herbstmaßnahmen des Bad. Landes-Theaters veranstaltete Theaterspielbühnen hat seine Wirkung nicht verfehlt...

Das „Reif“ überdient zur Zeit mit dem reizenden Wa-Konfilm „Ein Sonder Traum“ seinen mit dem Film: „Der Rongrebe tanzt“ aufgeführten Hausbesuch, bereits in der ersten Woche um mehrere Hundert Besucher...

Kaffe Bauer: Die neue Kapelle Curt Richter veranstaltet heute Freitag nachmittags ihr 1. Lieder-Konzert, abends Operetten- und Schlager-Musik...

Badisches Landes-Theater: Robinson soll nicht sterben. 20 Uhr. Goliathum - Schmitz-Beilmüller. 20 Uhr. Badische Lustspiele: Das Testament. 17 und 20.30 Uhr.

Die Wetterlage hat sich seit gestern nicht wesentlich geändert. Das Wetter ist trocken geblieben, doch liegt über dem Lande eine ziemlich geschlossene Wolkendecke.

Wasserstand des Rheins Basel 10, Gef. 3; Wadland 209, Gef. 3; Rheinweiler minus 171; Rehl 245, Gef. 6; Marxau 405, Gef. 10; Mannheim 294, Gef. 20; Caub 298, Gef. 12 Stm.

SNJ. Groß-Karlsruhe Spielmannszug. Unsere Zusammenkunft findet nicht wie verabredet, heute abend, sondern erst am Montag, den 5. Dezember, pünktlich abends 8 Uhr, im Volksfreund statt.

Karlsruher Umgebung

Die am Dienstag abend in der Turnhalle stattgefundene Parteiverammlung hatte sich einen guten Besuch zu erfreuen. Auf der Tagesordnung stand der Bericht des Parteitag, welcher durch Gen. S. Berger, Gemeindevorstand, erstattet wurde...

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Mittwoch, den 7. Dezember, um 20 Uhr, in der „Deutschen Eiche“, Augartenstraße 60, Bezirksparteiverammlung mit Vortrag von Stadtoberstleutnant Genosse Kimmelman über die „Entstehungsgeschichte des Faschismus“...

Table with 4 columns: City, 1. Dez., 30. Nov. (Weld, Brief). Rows include Amsterdam, Italien, London, Remyport, Paris, Prag, Schwet, Spanien, Stockholm, Wien.

Aushänge der Redaktion

Ar. 120. Auch für die Landpostanstalten besteht die Verpflichtung, die Renten sowohl vormittags wie nachmittags auszubehalten...

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungszeiten. 1. Dezember: Klump, Luise, 68 Jahre alt, ledige Privat. Beerdigung am 3. Dezember, 10 Uhr.

Verbandsanzeiger

Ar. 120. Auch für die Landpostanstalten besteht die Verpflichtung, die Renten sowohl vormittags wie nachmittags auszubehalten...

HANDEL UND INDUSTRIE

Süddeutsche Zucker-Aktiengesellschaft Mannheim

liefert in anerkannt unübertroffener Güte und Reinheit aus ihren Werken: Frankenthal, Waghäusel, Stuttgart, Heilbronn, Regensburg, Offstein, Groß-Gerau

Gußwürfel, Gemahlene Raffinaden, Perlzucker, Kristallzucker

Trinkt Sinner Bier

Rheinschiffahrt Schleppkahn- und Eilgüterbootsverkehre über Karlsruhe bietet Karlsruher Schiffsahrts-Aktiengesellschaft Karlsruhe

